

36 Prozent der Ukrainer im Ortenaukreis sind in Arbeit

„So eine Aussage ist einfach nur Gerede“: AfD-Kreisrat erntet im Sozialausschuss des Kreistags viel Widerspruch mit Aussage zum Arbeitswillen ukrainischer Flüchtlinge.

■ Von Hubert Röderer

OFFENBURG „Die Situation ist längst nicht so schockierend, wie sie immer wieder geschildert wird“: Landrat Frank Scherer fuhr mit dieser Aussage einer Stellungnahme von AfD-Kreisrat Alexander Reichert in die Parade. Dieser hatte sich in der jüngsten Sitzung des Sozialausschusses ereifert, dass in Deutschland nur 20 Prozent der aus der Ukraine stammenden erwerbsfähigen Menschen in Arbeit sind, Deutschland sei „Schlusslicht in Europa“. In Dänemark seien es 55 Prozent. Den Flüchtlingen hierzulande werde viel zu oft der „rote Teppich“ ausgelegt: „Unsere Gesellschaft muss klarer sagen: Integration ist nicht Bringschuld von uns.“ Das Gros der Migranten müsse viel integrationsbereiter sein, das bedeute in diesem Fall: Bereitschaft zeigen, Arbeit anzunehmen.

Reichert kassierte im Ausschuss weiteren Gegenwind. Er kenne viele Menschen aus der Ukraine, die unbedingt arbeiten wollen, sagte Lukas Oßwald (LiLO). Auch Landrat Frank Scherer wies Reicherts Aussagen zum Arbeitswillen geflüchteter Menschen zusätzlich zum eingangs genannten Statement zurück und unterfütterte dies mit Zahlen: Im Ortenaukreis lebten laut Statistischem Bundesamt aktuell 5905 Ukrainer, davon 3740 älter als 21 Jahre. 36 Prozent der Erwerbsfähigen seien in Arbeit – und nicht, wie kolportiert, nur 20 Prozent. Manche der Betroffenen zögerten mit der Arbeitsaufnahme. Der Grund: „Sie wollen wieder zurück.“ Auch Kreisrat Ludwig Kornmeier (Grüne) konterte die Reichert-Aussage: „Die arbeiten alle nicht? So eine Aussage ist einfach nur Gerede.“

Mehrere Kreisräte erklärten indes: Nicht selten scheitere eine Arbeitsaufnahme an der Sprachbarriere. Es bedürfe seitens eines Arbeitgebers manchmal nur eines kleinen bisschen Muts, einen Flüchtling einzustellen, so Landrat Frank Scherer: Die benötigten spezifischen Sprachkenntnisse ließen sich häufig direkt am Arbeitsplatz erwerben. Die Zahl der Sprachkurse müsse erhöht werden, sagten Martin Aßmuth (FDP) und Guido



FOTO: CHRISTOPH SCHMIDT, DPA

Der Arbeitsmarkt kann ukrainische Fachkräfte gut gebrauchen.

Schöneboom (SPD): Ihm sei indes bewusst, dass „Dozenten Mangelware sind“. Man sollte eben auch die Standards für Sprachlehrer auf ein vernünftiges Niveau bringen, manche Vorgaben seien „Irrsinn“. Es wäre der Sache bereits dienlich, fügte Scherer hinzu, könnte man – ganz unbürokratisch – ehemalige Deutschlehrer einstellen.

Silvia Kimpel, Leiterin des Ortenau-Jobcenters, die bisherige Kommunale Arbeitsförderung (KOA), berichtete auch von den Anstrengungen ihrer Behörde,

Menschen gerade aus der Ukraine in Lohn und Brot zu bringen. Immerhin seien doch unter den beim Jobcenter zum Jahresende 2023 registrierten 12.156 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten 1933 Menschen aus nichteuropäischen Flüchtlingsländern und 2299 ukrainische Geflüchtete. Die Zahl der Haushalte, die Bürgergeld beziehen, sei gegenüber dem Vormonat um 341 auf 8796 gestiegen. Kimpel erwartet wegen der Fortdauer des Kriegs in der Ukraine und aufgrund der wirtschaftlichen Eintrübungen in Deutschland einen weiteren Anstieg.

Gleichwohl versuche der Jobcenter weiterhin, mit Eingliederungsprojekten Menschen fit für den Arbeitsmarkt zu machen – von einem Projekt für unter 25-jährige Migranten bis zu „Neustart“ oder „Basics“ an verschiedenen Standorten, wo es für die Kursteilnehmer, egal welcher Nation, um grundlegende Dinge geht wie: Wie kann ich Vermittlungshemmnisse abbauen? Wie sieht ein gutes Bewerbungsschreiben aus? Kreisrätin Edith Schreiner (CDU) bat darum, Jugendliche massiv zu fördern: „Ungelernte werden nie eine Vollchance haben.“ Schöneboom wünschte sich für Lahr eine ähnliche Stellenbörse für ukrainische Flüchtlinge wie neulich in Offenburg.